Bezirksregierung Köln

Verkehrskommission des Regionalrates



4. Sitzungsperiode

Drucksache Nr. VK 11/2018

Sitzungsvorlage

für die 07. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln am 20. April 2018

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis

der 06.Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des

Regierungsbezirkes Köln am 24.11.2017

Rechtsgrundlage: § 22 Abs. 10 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

Berichterstatter/In: Herr Elsiepen. Dezernat 25, Tel.: 0221/147 – 2670

Herr Teichner. Dezernat 25, Tel.: 0221/147 - 2506

Inhalt: - Niederschrift

Anwesenheitsliste

Anlage: 1. Überlastungserklärung DB-Netz AG

Beschlussvorschlag:

Die Verkehrskommission des Regionalrates genehmigt die Niederschrift.

Drucksache Nr. VK 11/2018	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	2

Niederschrift

über das wesentliche Ergebnis der

06. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates am

24. November 2017

Teilnehmer/Innen: siehe beiliegende Anwesenheitsliste

Sitzungsbeginn: 10.08 Uhr

Sitzungsende: 11.26 Uhr

Herr Hebbel (Vorsitzender) eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Kommission sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung, Herrn Dr. Reinkober vom NVR und die Mitarbeiter des Landesbetriebes Straßenbau NRW.

Er stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Verkehrskommission fest.

Drucksache Nr. VK 11/2018	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	3

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Verkehrskommission genehmigt einstimmig die Tagesordnung in der vorgelegten Form.

Der Vorsitzende schlägt vor die Top's 11 und 12 a) sowie 12 aa) vorzuziehen, da der Berichterstatter Herr Dr. Reinkober anschließend noch einen Folgetermin hat.

TOP 2: Benennung eines stimmberechtigten Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 05. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Fabian, CDU Fraktion, bestimmt.

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 05. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates Drucksache Nr.: VK 53/2017

Frau Hane-Knoll (Die Linke) bedankt sich ausdrücklich im Namen ihrer Fraktion für die ausführliche Beantwortung in der Niederschrift zum Thema Leverkusener Brücke.

Die Verkehrskommission genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 11: Anträge

Antrag der SPD- Fraktion

Sachstandsbericht zur aktuellen Diskussion um den Bahnknoten Köln, den Ausbau der Bahnhöfe Köln Hauptbahnhof, Köln-Deutz Hohenzollernbrücke der Erweiterung der und

Drucksache Nr.: VK 101/2017

Herr Dr. Reinkober (NVR) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation den Sachstand zum Bahnknoten Köln. Bezugnehmend auf die rechtlichen Bedenken von Herrn Beu (DIE GRÜNEN) hinsichtlich der Umsetzung der in Rede stehenden Überlastungsanzeige erklärt er, dass derzeit die bestehenden Verträge juristisch dahingehend geprüft würden, ob Ersatzforderungen geltend gemacht werden Geprüft werde ebenfalls mögliches Klagerecht könnten. ein Verkehrsunternehmen und inwieweit man als Aufgabenträger gegebenenfalls Einfluss nehmen könnte.

Drucksache Nr. VK 11/2018	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	4

Herr Waddey (DIE GRÜNEN) merkt dazu an, dass bereits vor etwa 18 Jahren, im Tenor, die DB AG darauf hingewiesen habe, man werde erst nach einer Fertigstellung der Projekte "Stuttgart 21" und des "BER Flughafen" an den Deutzer denken können. Daraufhin meinte er, solange unternehmerische Entscheidungen bei der DB AG das Maß aller Dinge seien, werde sich auch zukünftia nichts ändern und verbessern. Bezüalich der Anfrage Entwidmungsverfahren von Flächen im Bereich des Messegeländes mit Blick auf den Bahnhof Deutz-Tief antwortet Herr Dr. Reinkober (NVR), die DB Netz AG habe mitgeteilt, dass die Flächen im Hinblick auf zukünftige Ausbaumaßnahmen (viergleisiger Ausbau Fernverkehr und S-Bahn-Ausbau Knoten Köln) gesichert werden müssen und nicht bebaut werden dürfen.

Herr Neitzke (SPD) moniert das Gebaren der DB AG, insbesondere auf die in Rede stehenden Probleme im Bereich Köln. Hier entstünden erhebliche Nachteile durch die Nichtrealisierung zwingend erforderlicher Bauprojekte, die auch im Sinne der Kundenzufriedenheit notwendig seien. Er möchte deshalb wissen, ob es rechtliche Möglichkeiten gebe, seitens des Bundes auf die DB AG einzuwirken. Herr Dr. Reinkober (NVR) teilt mit, es gebe keine rechtliche Handhabe – außer einer gesellschaftsrechtlichen. Er führt weiter dazu aus, es sei fatal, wenn man sich in dieser Region bezüglich der Netzauslastungen selbst Gedanken machen müsste. Unser Ansinnen sollte sich darauf fokussieren, dass wir verkehrliche Erfordernisse formulieren. Entsprechend dem interfraktionellen Wunsch, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, müsste die Infrastruktur entwickelt, sowie die Finanzierung auf Bundes- und Landesebene gesichert werden. Sowohl auf politischer Ebene als auch seitens der Verwaltung sei es erforderlich, dieses Bestreben zu unterstützen und sich dementsprechend in Berlin für die notwendigen Fördermittel einzusetzen.

Herr Göbbels (FDP) möchte wissen ob in Anbetracht der hier geschilderten Problematik Beeinträchtigungen für den RRX bestünden. Herr Dr. Reinkober (NVR) erläutert dazu, das beim Bund angemeldete Fahrplankonzept würde derzeit als Bestandteil der langfristigen Fahrplanplanung zugrunde gelegt. Die in Rede stehende Überlastungserklärung beziehe sich auf den Fahrplan für 2018, der so nicht umsetzbar sei, da zu viele Anmeldungen vorlägen. In den vorgegebenen Rahmenplanungen der DB Netz seien die erforderlichen Trassen für den Nah-, Fernund Güterverkehr unter Berücksichtigung des RRX vorgesehen.

Zu den Ausführungen von Herrn Beu (DIE GRÜNEN), sowie den Anmerkungen seiner Vorredner, bestätigt Herr Dr. Reinkober (NVR) die diesbezüglichen Konsequenzen. Aus seiner Sicht sollten Überlegungen angestellt werden, eine Fernverkehrslinie vom Hauptbahnhof nach Köln-Messe-Deutz zu verlagern. Dieser Vorschlag werde bereits beim NVR thematisiert und sei der DB Netz AG schriftlich angezeigt worden. Des Weiteren gibt er zu bedenken, dass auf der linken Rheinstrecke hier nicht der Fernverkehr sondern der Güterverkehr entscheidend sei. Im Ergebnis werden derzeit beratend die drei Interessenlagen des Nah,- Fern- und Güterverkehrs berücksichtigt.

Drucksache Nr. VK 11/2018	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	5

Herr Krauß (CDU) möchte wissen, ob in Anbetracht der vorliegenden Überlastungsanzeige für die linksrheinische DB Strecke, und einem erforderlich werdenden Plan zur Erhöhung der Schienenwegekapazität, Synergieeffekte bei den Infrastrukturausbauplänen und somit insgesamt positive Auswirkungen möglich sein könnten. Ggf. sei eine Optimierung des vorhandenen Verkehrs und Signaltechnik sowie ein Eingreifen in die bestehenden Verträge Eisenbahnverkehrsunternehmen möglich, um die Kapazitäten auf vorhandenen Trassen z.B. durch Doppelstockwagen oder Dreifachtraktionen zu verbessern. Herr (NVR) begrüßt den Vorschlag, Reinkober die Erhöhung Fahrzeugkapazitäten zu überdenken. Demzufolge müsste die dadurch entstehende Kostenerhöhung geprüft werden und ob die DB AG hierbei zur Schadensersatzpflicht Bezugnehmend werden könnte. auf die Überlastungserklärung werde derzeit von der Bahn ein Plan zur Erhöhung der Schienenkapazität erarbeitet und abschließend von der Bundesnetzagentur geprüft. Danach würde über die erforderlichen Infrastruktur-Maßnahmen beraten. Er wird den Vorschlag von Herrn Krauß mit in die anstehenden Gespräche aufnehmen. Der Vorsitzende bedankt sich für die umfangreichen Auskünfte sowie die gute Diskussion heute.

Die Präsentation ist in der Anlage dem Protokoll beigefügt.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Information des Nahverkehrs Rheinland (NVR) zur Kenntnis

TOP 12: Mitteilungen

- a) der Bezirksregierung
- aa) Pauschalierte Investitionsförderung nach § 12 ÖPNVG NRW Drucksache Nr.: VK 25/2017

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Maßnahme der Stadt Leverkusen mit dem "Ordnungsmerkmal 2015 02 316", lt. Sitzungsvorlage, erledigt sei und der Neubau der P+R- Anlage nun realisiert werden kann. Zur Nachfrage von **Herrn Beu** (DIE GRÜNEN) teilt **Herr Dr. Reinkober** (NVR) mit, dass bei Verzögerungen beim Baubeginn ggf. die Fördermittel in die Folgejahre übertragen werden könnten.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Information der Bezirksregierung zur Kenntnis.

Drucksache Nr. VK 11/2018	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	6

TOP 4: Priorisierung der Maßnahmen "Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Mio. €(UA II a) für 2018

Drucksache Nr.: VK 94/2017 (TV)

Zu den Anmerkungen von Herrn Orth (FW) führt Herr Kolks (LB) aus, dass durch die extrem kostenintensive Baumaßnahme "KVP Waldbröl/Boxberg" die Mittel für weitere Projekte aus der Sitzungsvorlage der RNL Rhein-Berg, und deshalb weitere Maßnahmen ab 2015 kaum umgesetzt werden konnten. Wunschgemäß werde zukünftig der Vorschlag aus der UK RB, die Maßnahmenliste in der Spalte "Planungsstand" informativ zu erweitern, dementsprechend berücksichtigt.

Die Verkehrskommission des Regionalrates empfiehlt dem Regionalrat den regionalen Vorschlag zur Priorisierung der Maßnahmen "Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Mio. € Gesamtkosten" (UA II a) für das Jahr 2018, unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Unterkommission, zu beschließen.

TOP 5: Priorisierung der Maßnahmen "Radwegebau an bestehenden Landesstraßen" (UA II r) für 2018

Drucksache Nr.: VK 95/2017 (TV)

Herr Kolks (LB) stimmte den Ausführungen von Herrn Beu (DIE GRÜNEN) zu. Grundsätzlich gebe es bei der Realisierung von Projekten mit einem freihändigen Grunderwerb Probleme. Es sei zu überlegen, ob personelle Kapazitäten effektiver eingesetzt werden könnten, um Baurecht zu schaffen. Letztendlich entscheidet das Land NRW, insbesondere das VM NRW, wie der Landesbetrieb das Personal einzusetzen habe. Bezüglich der endgültigen Fertigstellung des "RGW Sängerhof-Meckenheim", aus dem Bereich der RNL VE, könnten heute keine konkreten Angaben gemacht werden. Die Beantwortung werde dem Protokoll nachgereicht. Zu den von Herrn Neitzke (SPD) angefragten verfahrensrechtlichen Modalitäten erklärt Herr Kolks (LB) das Verfahren wie folgt: Die Kommune beantrage beim Landesbetrieb die Prüfung und Aufnahme des Projekts in das Radwegeprogramm. Danach werde das standardisierte Priorisierungsverfahren durchgeführt. In den Sitzungen der Unterkommission werde dann über den vorgeschlagenen Priorang beraten und entschieden. Sofern die Gemeinde als weiteren Bedarf

¹ Die Antwort wird mit der Einladung zur nächsten Sitzung nachgereicht.

Drucksache Nr. VK 11/2018	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	7

die Anknüpfung eines Teilstücks geltend machen möchte, sei zu überlegen, ob ein entsprechender Antrag beim Landesbetrieb eingereicht wird, um den Lückenschluss realisieren zu können.

Die Verkehrskommission des Regionalrates empfiehlt dem Regionalrat den regionalen Vorschlag zur Priorisierung der Maßnahmen "Radwegebau an bestehenden Landesstraßen" (UA II r) für das Jahr 2018, unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Unterkommission, zu beschließen.

TOP 6: Sachstandsbericht zum Zustand des Kölner Autobahnrings, insbesondere des AK Leverkusen und der Leverkusener Brücke im Zuge der BAB A1

Herr Raithel (LB) berichtet wunschgemäß mündlich zum aktuellen Sachstand. Derzeit werde das A 1/ A 4 AK Köln-West umgebaut und befinde sich kurz vor der Fertigstellung. Die neuen Verkehrsbeziehungen seien für den Verkehr bereits frei gegeben worden.

Das Kreuzungsbauwerk A1 / A 57, AK Köln-Nord, werde seit Anfang 2017 erneuert. Während der Bauphase bleiben grundsätzlich alle Fahrspuren befahrbar. Baubedingt (Abbrucharbeiten, Auflegen von Fertigteilen) kommt es in dem Bereich punktuell zu Vollsperrungen an Wochenenden, die jedoch über die Medien rechtzeitig bekannt gegeben würden. Das Bauende sei für Mitte 2019 vorgesehen. Für den weiteren Umbau des AK Köln-Nord, zur Verbesserung der Verkehrsführung, sei das Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden und die Offenlage habe stattgefunden.

Im Zuge des Neubaus der Leverkusener Brücke wurde für den BA auf der A 1, AS Köln-Niehl bis AK Leverkusen-West, der PFB beklagt. Die Klagen wurden Ende September 2017 durch das Bundesverwaltungsgericht abgewiesen, der PFB ist somit bestandskräftig und Baurecht liege nun vor. Mit Zustimmung des Gerichts konnte in diesem Bereich bereits im Februar 2017 ersten Vorbereitungsmaßnahmen (Umverlegung Versorgungsleitungen) begonnen werden. Parallel dazu wurden im Sommer die Ausschreibungen vorbereitet und die Vergabeverfahren durchgeführt, sodass für den Neubau der Leverkusener Brücke und die diversen Fachlose die ersten Aufträge vergeben werden konnten. Derzeit laufen dazu die ersten Gespräche mit den ausführenden Bauunternehmen. Die Abschnitte auf der A 1, AK Leverkusen- West bis AK Leverkusen, sowie auf der A 3 zwischen der AS Leverkusen-Zentrum und dem AK Leverkusen befinden sich derzeit in der Vorplanung. Die ersten Abstimmungsgespräche mit den Bundes- und Landesministerien werden dazu in Kürze stattfinden.

Drucksache Nr. VK 11/2018	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	8

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt den Bericht des Landesbetrieb Straßenbau NRW zur Kenntnis

TOP 7: Sachstandsbericht Rheinquerung zwischen der A 555 und der A 59

Herr Kolks (LB) berichtet mündlich zum Sachstand der Rheinquerung. Der Landesbetrieb Straßenbau NRW hat den Planungsauftrag des Bundes für den Bau einer 4-streifigen Autobahn zwischen der A 555 und der A 59 erhalten. Planungsumfeld mit den Anliegen der Bürger, (Köln, Niederkassel, Wesseling, Troisdorf) Natur und Umwelt (FFH-Gebiet, Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiet,...) sei eine große Herausforderung. Deshalb möchte das Land NRW bei diesem Projekt einen komplett neuen Weg Bürgerbeteiligung gehen. Der Ablauf des Beteiligungsprozesses gliedere sich in 3 Phasen: 1. Informationsphase, 2. Beteiligungsscoping, 3. Kontinuierlicher Beteiligungsprozess. In der Informationsphase gehe es darum, zentrale Akteure vor Ort bereits vor dem Start der fachlichen Arbeiten anzusprechen, um sie in den Prozess mit einzubinden. Außerdem sollten in der Region Diskussionen frühzeitig aufgegriffen und integriert werden. Das Ziel der 2. Phase – des Beteiligungsscopings – sei, in öffentlichen Veranstaltungen ein am Bedarf orientiertes Beteiligungskonzept somit zu erarbeiten und zu verabreden. Dazu haben mittlerweile zwei Termine stattgefunden. Das 1. Beteiligungsscoping war am 27.09.2017 mit ca. 150 Interessierten. Beteiligung sollte die Möglichkeit zum kontinuierlichen Dialog, Transparenz, sowie der Dokumentation von Ergebnissen bieten. Diese Informationen sollten dann über unterschiedliche Kanäle kommuniziert werden. Aus diesen vielen Ideen und Forderungen wurde dann ein Vorschlag für ein Beteiligungskonzept erarbeitet, das den Landesbetrieb über die komplette weitere Planung begleiten sollte. Das 2. Beteiligungsscoping am 15.11.2017 beinhaltete die Diskussion und Verfeinerung des vorgeschlagenen Beteiligungskonzepts. Im Ergebnis wurden drei Grundpfeiler des Beteiligungskonzepts festgelegt, zum einen eine kontinuierliche Gremienarbeit, öffentliche Veranstaltungen und eine transparente Kommunikation. Zu jedem der 3 Grundpfeiler wurden konkrete Maßnahmen beschrieben. Im Bereich Gremienarbeit solle beispielsweise ein Dialogforum als zentraler Steuerungskreis etabliert werden. Daneben soll es auch ein politisches Begleitgremium geben. Im Bereich der transparenten Kommunikation seien Internetseiten, Infobriefe per E-Mail, aber auch klassische Postwurfsendungen wichtig. Aufbauend auf diesen drei Säulen würde in dem Beteiligungskonzept festgelegt, wie die einzelnen Bausteine integriert und miteinander vernetzt werden sollten. Hierbei handele es sich im Ergebnis um einen Fahrplan, wann und wie eine solche Beteiligung stattfinden soll. Jedoch sei an dieser Stelle anzumerken, dass bei allem Bemühen die technischen Möglichkeiten – was z.B. den Internetauftritt des Landesbetriebes sowie die sozialen Medien anbelangt – nur sehr begrenzt derzeit zur Verfügung stehen. Sowohl die personellen als auch die finanziellen Ressourcen seien begrenzt. Außerdem könne man hier nicht auf eingeübte

Drucksache Nr. VK 11/2018	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	9

Prozesse zurückgreifen. Man stehe hier vor einer großen Herausforderung, die man mit Freude gerne annehmen werde. Weitere Informationen stehen auf "rheinspange.nrw.de" zum Projekt, der Internetseite als auch zu den bisherigen Veranstaltungen, zur Verfügung. Ab dem Frühjahr 2018 würde zeitgleich mit der intensiven Planungsarbeit begonnen, und Schritt für Schritt umgesetzt. In fachlicher Hinsicht werde als Grundlage für die Beteiligung an verschiedenen EU-weiten Vergabeverfahren gearbeitet. Eine großräumige Verkehrsuntersuchung für den südlichen Raum Köln, die Vorplanung für die Variantenuntersuchung, sowie die Umweltverträglichkeitsuntersuchung finden derzeit statt. Er teilt ergänzend mit, der Landesbetrieb habe lediglich den Auftrag für den Bau einer 4-streifigen Autobahn, aber man stehe bezüglich einer Berücksichtigung für den Schienen-und Radverkehr mit den entsprechenden Beteiligten im engen Kontakt. In dem politischen Begleitgremium würden sich die Politiker für die Durchsetzung einer Schienenverbindung dementsprechend einsetzen. Herr Beu (DIE GRÜNEN) erinnert an seinen Hinweis in der Vergangenheit, dass bei der Planung für dieses Projekt alle Beteiligten für Straßen, Schienen- und Radverkehrinvolviert werden müssten. Herr Timm (SPD) merkt an, es sei in der Verantwortung der Landes- und auch der Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, damit alle Verkehrsträger bei diesem Vorhaben berücksichtigt werden sollten.

Der Vorsitzende schlägt daher im Einvernehmen aller Fraktionen vor, in Anbetracht des umfassenden Klärungsbedarfs, dieses Anliegen im Ältestenrat zu behandeln. **Frau Neisse-Hommelsheim** (CDU) berichtet, dass ein Mitarbeiter des Verkehrsministeriums NRW, Herr Heinze, auf einer Veranstaltung in aller Deutlichkeit mitgeteilt habe, dass dieser gemeinsame Wunsch koordiniert werden müsste, einschließlich entsprechender Finanzmittel.

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt den Bericht des Landesbetriebes Straßenbau NRW zur Kenntnis.

TOP 8: Stadtverkehrsförderung – Kommunaler Straßenbau 2018 Drucksache Nr.: VK 97/2017

Auf die Nachfrage von Herrn Beu (DIE GRÜNEN) teilt Herr Elsiepen (Dez.25) mit, dass gemäß dem LPIG NRW für das Programm Stadtverkehrsförderung ein Beschlussvorschlag und für die Nahmobilität (s.Top 9) nur eine Kenntnisnahme für dieses Gremium vorgesehen sei. Herr Möring (CDU) moniert die Diskrepanz der unterschiedlichen Regelungen zu den Beschlüssen und bittet um Änderung im Top 9 analog dem Beschlussvorschlag zu Top 8. Man sei der Auffassung, dass man hier eine Beschlusszuständigkeit habe und die auch dementsprechend zum Ausdruck bringen sollte. Des Weiteren sei aufgefallen, dass für relativ viele Maßnahmen

Drucksache Nr. VK 11/2018	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	10

Fördermittel nicht in den investiven Bereich, sondern in die Öffentlichkeitsarbeit für den Radverkehr investiert würden. **Der Vorsitzende** stellt fest, dass der Vorschlag von **Herrn Möring** (CDU) konsensfähig sei und stimmt im Anschluss dann darüber ab. **Herr Neitzke** bittet um Klarstellung beim VM NRW, hinsichtlich der in Rede stehenden Unstimmigkeiten bei den Regularien des LPIG NRW.

Die Verkehrskommission empfiehlt dem Regionalrat, den regionalen Vorschlag für das Programm "Stadtverkehrsförderung – Kommunaler Straßenbau 2018" zu beschließen und nimmt die Übersichtsliste der bisher angemeldeten Fördermaßnahmen zur Kenntnis.

TOP 9: Stadtverkehrsförderung – Nahmobilität 2018

Drucksache Nr.: VK 98/2017

Nach der vorgenommenen Abstimmung durch **den Vorsitzenden** wird die inhaltliche Beschlussänderung, analog Top 8, somit einstimmig bestätigt und es gilt folgender Beschlussvorschlag:

Die Verkehrskommission empfiehlt dem Regionalrat, den regionalen Vorschlag für das Programm "Stadtverkehrsförderung – Nahmobilität 2018" zu beschließen und nimmt die Übersichtsliste der bisher angemeldeten Fördermaßnahmen zur Kenntnis.

Top 10:

Anfragen

a) Anfrage der FDP Fraktion

Auswirkungen der zu gründenden Bundesautobahngesellschaft auf den Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen

Drucksache Nr.: VK 100/2017

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr des Landes NRW zur Kenntnis.

TOP 11:

Anträge

a) vorgezogen

Drucksache Nr. VK 11/2018	
TOP 3	Seite
VK / Niederschrift	11

TOP 12:

Mitteilungen

- a) der Bezirksregierung
 - aa) vorgezogen

bb) Neuaufstellung ÖPNV-Bedarfsplan Verzögerung im Verfahren

Drucksache Nr.: VK 80/2017

Die Verkehrskommission des Regionalrates nimmt die Information des Ministeriums für Verkehr des Landes NRW zur Kenntnis.

b) des Vorsitzenden

Keine Mitteilungen

c) des Landesbetriebes

Keine Mitteilungen

Verkehrskommission des Regionalrates des

Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

gez. Paul Hebbel gez. Gerd Fabian

Aufgestellt:
Bezirksregierung Köln
gez.Harms
(Dezernat 25)

Verkehrskommission

- Anwesenheitsliste -

CDU-Fraktion

6. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 24. November 2017 bei der Bezirksregierung Köln, Plenarsaal

Beginn: 10.00	Uhr	Ende:	11:76 Uhr		
atimmharachtista Mitaliadar		Abrechnung			
stimmberechtigte Mitglieder		Unterschrift		Standard	gem. Formular
Borning, Ronald		24	27	+	
Deppe, Rainer (MdL)		A.	by	X	
Dohmen, Hans-Willi			den_	X	
Fabian, Gerd		Jus	Fi	*	J.J
Hebbel, Paul		Jlune		×	0.7
Kehren, Dr. Hanno		led	(m	X	
Kitz, Marcus			entschuldigt		
Möring, Karsten (MdB)		9	~	\times	
Reinsberg, Henriette	(11. /L	e'a de	X	
Stefer, Michael			entschuldigt		
Weber, Günter		, and the second	entschuldigt		

Stellvertreter/in	¥1	Abrechnung	
	Unterschrift	Standard	gem. Formula
De Bellis-Olinger, Teresa Elisa	1		
Donie, Brigitte			_
Finkeldei, Norbert	=		
Götz, Stefan		-	
Jansen, Franz-Michael	Λ		
Moll, Bert	Mun	X	
Neisse-Hommelsheim, Carla	Wesn Whi	\times	-
Nesseler-Komp, Birgitta			

Tesdmer, Lirian de Tesdero X

Verkehrskommission - Anwesenheitsliste -

SPD-Fraktion

6. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 24. November 2017

Beginn: 10.00	Uhr	Ende:	11:26 Uhr		
stimmberechtigte Mitglieder			Unterschrift		chnung gem.
stimmer centigie wingheder		O I	mer sem int	Standard	Formular
Hengst, Milanie	Gli Ochi	Hent		X	
Höfken, Heiner	Me to	77			
Neitzke, Gerhard				X	
Noack, Horst		5		A	
Oetjen. Hans-Friedrich		M	7	X	
Schaper, Dieter		M	1/	\geq	
Timm, Dierk		, , , , , , ,	>	X	429
Tüttenberg, Achim		248	te les	PX	4.1
		+	/		75

Stellvertreter/in		Unterschrift	Abre	chnung gem.
Stelly et ti etell/ ill			Standard	Formula:
Frenzel. Michael				6
van Geffen, Jörg				
Jakob, Bodo				
			124	İ
Konzelmann, Thorsten				13
	2		27	
Krings, Hans				
)	W 62%			
Schlüter, Volker			Vi .	
				3
Schmitz, Hans				

- Anwesenheitsliste-

DIE GRÜNEN

6. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 24. November 2017 bei der Bezirksregierung Köln, Plenarsaal

Beginn: 10.00	Uhr	Ende:	11: 26Uhr		
stimmberechtigte Mitglieder		///	terschrift	Abreo	hnung gem.
stillinger echtigte witigheder			terschrift	Standard	Formular
Beu, Rolf	<u> </u>	Sef	K	*	8
Waddey, Manfred	//U.	/No	ley	X	
Windhuis, Wilhelm		M	N	/ X	
Zentis, Gudrun	(Ren	$\left\{ \dot{s}_{i}\right\}$	X	
Stellvertreter/in		्र Un	terschrift	Abred	hnung
Stellver treter/ill		OII	ter sem m	Standard	gem. Formular
			*	(Ā)	
Herlitzius, Bettina					
Lambertz, Horst					

Verkehrskommission

- Anwesenheitsliste - FDP-Fraktion

6. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 24. November 2017

Beginn: 10.00	Uhr	Ende:	11:26 Uhr		
	•	19		Abrechnung	
stimmberechtigte Mitglieder		Unterschrift		Standard	gem. Formular
Göbbels, Ulrich	//	(M)	tell	7	
Westerschulze, Stefan	hes	An Cul	M	X	10
	9				
Stellvertreter/in		I I en	tovochwift	Abred	chnung
Stenver treter/m			Unterschrift		gem. Formular
Feudel, André					
8				<u> </u>	
Freynick, Jörn (MdL)					, ,
Müller, Reinhold		en	tschuldigt		
Pohlmann. Christian	W III	*		* 3	

Vekehrskommission

- Anwesenheitsliste -

6. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 24. November 2017

Beginn: 10.00	Uhr	Ende:	11:26 Uhr		
	D	ie Linke			
stimmberechtigte Mitglieder		Unterschrift —		Abre	chnung
			ter sem int	Standard	gem. Formular
Hane-Knoll, Beate		7.16	- Veol	24	
Stellverteter/in					
Singer, Peter		-10-			
<u> </u>	Freie V	Vähler NF	RW		
Orth, Joachim		46	0	8	
Stellverteter/in		162			120
Schmitz, Heinz				· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	
		AfD	[/		
Spenrath, Jürgen		fler 9	M		*⊛
Stellverteter/in	, ,,,				
Rottmann, Hendrik				5	
	F	Piraten			
\$1 \$4 *1		an with	50		
Plum, Yvonne	9/	/		X	

Verkehrskommission - Anwesenheitsliste -

6. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 24. November 2017

Beginn: 10.00	Uhr	Ende:	11:26	Uhr		9.
beratende Mitglieder	Name	111	towash wift		Abred	hnung
gem. § 8 Abs. 3 LPIG		Un	terschrift	ī	Standard	gem. Formula
Böll, Thomas (Landschaftsverband)						
Stadt Aachen						
Stadt Bonn						
Stadt Köln						
Stadt Leverkusen					41	
Städteregion Aachen						
Kreis Düren		ii.		Ħ	2.	T _k
Kreis Euskirchen					<u></u>	
Kreis Heinsberg						
Oberbergischer Kreis						
Rheinisch-Bergischer Kreis		90				
Rhein-Erst-Kreis						
Rhein-Sieg-Kreis	X	Trac	9	:		

Verkehrskommission

- Anwesenheitsliste -

6. Sitzung der Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am 24. November 2017

	Beginn: 10.00	Uhr	Ende: 11:26 Uhr	42
	beratende Mitglieder	Vertreter	Unterschrift	Abrechnung
	gem. § 8 Abs. 1 LPIG	der/des		Standard gem. Formular
	Kornell, Günter	Arbeitgeber	Corel	
0	Dr. Weltrich, Ortwin	Arbeitgeber		
	Rötting, Fritz	Arbeitgeber		= ==
_	Mährle, Jörg	Arbeitnehmer	\$	
_	Woelk, Ralf	Arbeitnehmer	× ·	
- 1	Behlau, Stefan	Arbeitnehmer		
~	Heimann, Ulrich	Sportverbände	() fluin	X
_	Risch, Jacob	Naturschutz- verbände		
	Fink, Brunhilde	kommunale Gleichstellungs- stellen		

	beråtende Mitglieder gem. § 22 Abs. 3 GO	Vertreter der/des	Unterschrift	134	chnung /Formular
	Hauser, Benedikt	CDU	/ laves	Y	ė
	Krauß, Oliver -MdL-	CDU	The same of the sa	2X	
_	Omankowsky, Albrecht	CDU /		X	
	Schnäpp, Hans	CDU /	1- Geling W	X	
	Thelen, Josef	CDU	7/11/1/1	7	
0	Heller, Wolfgang	SPD .	W- Nolo	X	V
	Loh, Gisela	DIE GRÜNEN		×	Dair
	Meurer, Markus	DIE GRÜNEN	drows		
	Ehm, Hans	FDP	MM	\times	
	von Raußendorf	DIE LINKE &	Zapanl		
	beratende Mitglieder gem. § 22 Abs. 11 GO	Vertreter der/des	Unterschrift		hnung /Formular
	Müller, Reinhold	· FDP	entschuldigt	W	

- Fraktionsgeschäftsführung -

Name (Bitte in Großbuchstaben) Vertreter/in der/des
(Bitte in Großbuchstaben)

Unterschrift

(Bitte in Gronouchstaben)	(Bitte iii Gi ondaellotabel	**/
¥		
Teschner, Miriam	CDU	&
Hoffmann, Hajo	SPD	Mell O
Schäfer-Hendricks	GRÜNE	
Westerschulze, Stefan	FDP	Latenhih

- Bezirksregierung Köln -

0 0	
Dezernat	Unterschrift
Dez. 32	3)
Dez 32	
Dez. 25	
Dez. 25	V ss
Dez. 32	
Dez. 32	
	.3%
	Dez. 32 Dez 32 Dez. 25 Dez. 25 Dez. 32

Teilnehmerliste

- Sachverständige + Gäste -

Name (Bitte in Großbuchstaben)	Vertreter/in der/des (Bitte in Großbuchstaben)	Unterschrift
Dr. Norbert Reinkober	Nahverkehr Rheinland NVR	N.()
Bernd Kolitz	Landesbetrieb Straßen NRW	
Barbara Laerbusch	Landesbetrieb Straßen NRW	To h
Thomas Raithel	Landesbetrieb Straßen NRW	-
Willi Kolks	Landesbetrieb Straßen NRW	
8		

Drucksache Nr. RR 11/2018
Anlage



Überlastungserklärung DB-Netz
 Teilstück Köln Hbf bis Köln-Mülheim

Verkehrskommission des Regionalrates am 24.11.2017

Der zu betrachtende Abschnitt umfasst den Streckenbereich von Köln Hauptbahnhof über Köln Messe/Deutz nach Köln-Mülheim.





Ursachen und Auswirkungen

Ursache:

Trassenbestellungen für das Fahrplanjahr 2018 übersteigen die Kapazitäten des Streckenabschnitts.

Auswirkung:

Die Eisenbahnverkehrsunternehmen können nicht mehr ihr Angebotsportfolio über das bestehende des Jahres 2017 erweitern.

Betroffene Unternehmen:

- DB Fernverkehr AG
- Güterverkehrsunternehmen
- Aufgabenträger für den SPNV
- Sonderverkehre



Überlastungserklärung

Rechtliche Grundlagen

 Schienennutzungsbedingungen (SNB) in der Anwendung des Eisenbahnregulierungsgesetzes (ERegG)

Verfahren

- Kapazitätsanalyse durch DB Netz
- Plan zur Erhöhung der Schienenwegekapazität (PEK) durch DB Netz

Überlastungserklärung

Inhalte

- Betrieblich sinnvolle Infrastrukturergänzungen (Finanzierung überwiegend nicht gesichert)
- "Einfrieren" der Angebote im SPNV, teilweise sogar Rücknahme möglich

Beteiligungsverfahren

- Stellungnahme der Eisenbahnzugangsberechtigten (Eisenbahnverkehrsunternehmen und Aufgabenträger)
- Bundesnetzagentur (BNetzA) prüft den "Plan zur Erhöhung der Schienenwege" als auch die Stellungnahmen
- Verfahren zum Interessenausgleich aller Akteure durch die Bundesnetzagentur



Ausbau S-Bahnknoten Köln

Folgende Arbeiten sind seitens des NVR und der DB Netz/DB S&S in Planung

- Erweiterung der Bahnhöfe Köln Messe/Deutz und Hauptbahnhof zur Kapazitätserhöhung auf der S-Bahn (zwei zusätzliche Bahnsteige)
- Überleitung in Köln Müngersdorf/Technologiepark von der S-Bahn auf die Strecke nach Mönchengladbach (Weichen) und Umwandlung der RB27 in eine S-Bahn
- Überwerfungsbauwerk in Horrem von der S-Bahn auf die Erftstrecke und Umwandlung der RB38 in eine S-Bahn
- Bau eines elektronischen Stellwerks (ESTW)
- Neubau der Westspange und Umwandlung der RB24/RB48 und RB25 in S-Bahnen



Ausbau Knoten Köln – weitere Maßnahmen

Kurzfristig Gespräche zwischen DB Netz, DB Fernverkehr und Nahverkehr Rheinland

Ziel

 Verlagerung mindestens einer Nord-Süd-Fernverkehrslinie vom Hauptbahnhof nach Köln Messe/Deutz Tief

Voraussetzung

- Barrierefreier Ausbau von Köln Messe/Deutz Tief
- Umsetzung "Terminallösung" Köln Hbf

Weitere Maßnahmen

- Fertigstellung der Neubaustrecke Köln-Frankfurt bis Köln Messe/Deutz
- 4-gleisiger Ausbau Köln Messe/Deutz Tief



• • • VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT

Verfasser der Präsentation Andreas Lindlau

Ansprechpartner

Dr. Norbert Reinkober Guido Trösser-Berg Winfried Wenzel Andreas Lindlau